

„Meilenstein“ oder „Machwerk politischer Arroganz“

Verbandsversammlung beschließt Entwurf des Regionalen Flächennutzungsplans / SPD und Grüne votieren dagegen

mch. RHEIN-MAIN. Flächen von jeweils 2500 Hektar für neue Wohngebiete und Gewerbeansiedlungen, ein regionales Einzelhandelskonzept und die verbliebene Zahl von fünf Standorten für Windparks: Das sind die Kernpunkte, die der Regionale Flächennutzungsplan enthält, dessen Entwurf gestern von den Vertretern der 75 Kommunen im Ballungsraum beschlossen wurde. Er liegt vom 15. Mai bis zum 15. Juli im Planungsverband und in allen Rathäusern im Rhein-Main-Gebiet aus. Kommunen, Bürger und Verbände können dann dazu Stellung nehmen. Der Plan beschreibt die Entwicklungsmöglichkeiten des Ballungsraums bis 2020, er soll von 2011 an gelten.

Beschlossen wurde der Entwurf, der einen Hauptplan umfasst und drei Aktenordner Ergänzungen, mit den Stimmen der CDU, die in der Verbandsversammlung die absolute Mehrheit hält. Unterstützt wurde sie von der FDP und der FWG. SPD und Grüne lehnten den Plan ab; er sei ein „Machwerk politischer Arroganz und Ignoranz“. Der Bürgermeister von Ober-Mörlen, Sigbert Steffens (parteilos), enthielt sich der Stimme ebenso wie der Bürgermeister von Münzenberg, Hans Jürgen Zeiß (CDU). Zeiß kritisierte, seine Stadt finde sich in den Flächenausweisungen weder beim Wohnen noch beim Gewerbe wieder. Die Wetterau-Kommune gehe leer aus, während Frankfurt etwa noch nachgelegt habe.

Tatsächlich hat Frankfurt, das in der Vergangenheit als vehementester Kritiker der Politik des Planungsverbands aufgetre-

ten war, zwei Wohnbaugebiete zusätzlich in den Planentwurf eingebracht: Im Südosten von Nieder-Eschbach und in Niederursel die sogenannte Nordweststadt-Arrondierung. Doch Frankfurt hatte sich früher nicht darüber empört, zu kurz gekommen zu sein, sondern kritisiert, dass insgesamt zu viele Flächen noch dazu in der Peripherie ausgewiesen worden seien. Das, so die damalige Argumentation, widerspreche den Grundsätzen des im Jahr 2004 gemeinsam von den Kommunen

Die Opposition moniert, die „Wirtschaftspartei“ CDU bremse die Investoren für Windenergieanlagen.

erarbeiteten Leitbildes für die Region, nämlich die Zentren zu stärken und den Flächenverbrauch im Blick zu behalten.

Seitdem sind die Flächen für Neubaugebiete tatsächlich um 800 Hektar verringert worden, die fürs Gewerbe um mehr als 300 Hektar. Für Andrea Mühl, CDU-Fraktionsvorsitzende in der Verbandsversammlung und Stadträtin in Dreieich, ist der jetzt beschlossene Entwurf auch vor diesem Hintergrund ein „Meilenstein“. Er dokumentiere den Willen, mit den Flächen sparsam umzugehen, gleichzeitig der Region aber die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Das aber beurteilten die anderen Fraktionen

in der Verbandsversammlung anders. Der FDP-Politiker Willi Steckelberg, Stadtrat in Hofheim, bezeichnete den Plan als sehr pragmatisch. Aus Sicht der FDP wäre jedoch ein geringerer Flächenverbrauch möglich gewesen, „wir hätten uns eine stärkere Konzentration auf die Wachstumskerne und Nahverkehrsachsen gewünscht“.

Wie berichtet, sind nur 43 Prozent der im Plan vorgesehenen Neubaugebiete im Ballungsraum über die Schiene zu erreichen. Steckelberg resümierte, die im Entwurf enthaltenen Flächen seien „schon ein bisschen Wunschkonzert der Kommunen“. Der Grünen-Fraktionschef Matthias Zach, Bürgermeister von Niederdorfelden, warf der CDU bei der Flächenausweisung „Taschenspielertricks“ vor. Da habe zwar in den vergangenen Wochen offiziell die Maxime gegolten, zusätzliche Flächen gebe es nur bei Verzicht an anderer Stelle, aber unter der Hand seien Flächen getauscht worden, die ohnehin nicht bebaubar gewesen wären.

Schärfste Kritik übten SPD und Grüne an der Ausweisung der Standorte für die Windenergie. 14 Standorte, ursprünglich war einmal von 66 die Rede gewesen, seien nun willkürlich festgesetzten Kriterien der CDU zum Opfer gefallen, sagte der SPD-Fraktionschef Ludger Stüve, Bürgermeister von Schöneck. Verblieben sind nun fünf Standorte im Ballungsraum zur Nutzung der Windenergie. Stüve bezeichnete dieses Vorgehen als „rigorosen ökologischen und politischen Kahlschlag“. Bei der Windenergie wie bei der Flächenausweisung habe die CDU häufig den politi-

schen Mehrheitswillen der Kommunen ignoriert und den eigenen rigoros durchgesetzt. Der Entwurf enthalte „keinerlei Zukunftsfähigkeit“.

Zach zeigte sich erstaunt, dass ausgerechnet die „Wirtschaftspartei CDU“ die wirtschaftliche Freiheit von Investoren, in diesem Fall Geld in Windenergieanlagen zu stecken, so einschränke. SPD und Grüne fürchten, dass durch die geringe Ausweisung von Windvorranggebieten – die jetzigen Standorte entsprechen 0,14 Prozent der Gesamtfläche des Ballungsraums – der Regionale Flächennutzungsplan rechtlich nicht haltbar sein könnte. Der Planentwurf „mag für die CDU ein Meilenstein sein“, sagte Zach, aber er sei es nicht in dem Sinne, dass er die Probleme in der Region löse.

Die CDU hatte erst kürzlich aus dem Plan alle Standorte für Windkraftanlagen im Gebiet des Naturparks Hochtaunus gestrichen und einige im Main-Kinzig-Kreis, weil diese die „Sichtbeziehungen“ von der Regionalpark-Route Hohe Straße aus in die Landschaft zerstörten. Das größte Gebiet für Windräder bei Seligenstadt wurde mit Hinweis auf ein mögliches Fledermausvorkommen aus dem Plan herausgenommen. CDU-Fraktionschefin Mühl sagte, die Entscheidungen gegen die Windkraftstandorte seien aus „politischer Entscheidung“ getroffen worden. Planungsrechtliche Kriterien würden Regionalpolitiker nicht von einem verantwortlichen Handeln entbinden: „Ein Verdichtungsgebiet wie der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist keine Region für Windenergie.“